

## **Schock für Mieter: BUWOG-Deal kostet Österreich Milliarden!**

Elke Hanel-Torsch kritisiert den BUWOG-Verkauf als gravierenden Fehler für Österreich. Der Artikel beleuchtet die Folgen und Forderungen nach öffentlichem Wohnungsbesitz.

**Wien, Österreich** - In einer aktuellen Stellungnahme hat Elke Hanel-Torsch, die Chefin der Wiener Mietervereinigung, die vergangenen Verkaufsentscheidungen der Republik Österreich im Zusammenhang mit der BUWOG als schwerwiegendes Desaster bezeichnet. Laut Hanel-Torsch zeigt der Verkauf von 2004, bei dem 60.000 Wohnungen im Eigentum des Bundes an ein Bieterkonsortium verkauft wurden, die negativen Folgen solcher Transaktionen deutlich auf. Der damals erzielte Verkaufspreis sei signifikant niedriger gewesen, was dem Bieterkonsortium, dem u.a. Karl-Heinz Grasser angehörte, bekannt war. Für diesen Verkauf erhielten Grasser und seine Mitangeklagten fast 10 Millionen Euro.

Die Abwicklung des Verkaufs führte das Finanzinstitut Lehman Brothers durch, welches 2008 Konkurs anmeldete und somit zur Auslösung der globalen Finanzkrise beitrug. Hanel-Torsch argumentiert, dass die Republik Österreich gegenwärtig auf einem Immobilienvermögen von etwa 6 Milliarden Euro sitzen könnte, hätte man die Wohnungen im öffentlichen Eigentum behalten. Zum Vergleich führte sie an, dass der vorangegangene Verkauf von 110 Tonnen Gold der Republik nur etwa eine Milliarde Euro einbrachte, während der heutige Wert dieser Menge auf rund zehn Milliarden Euro geschätzt wird.

## **Kritik an privaten Investoren**

Weiterhin wies Hanel-Torsch auf weitere unterwertige Verkäufe an private Investoren hin, welche in der Vergangenheit getätigt wurden. Diese Verkäufe betreffen auch Unternehmen wie die Post, Austria Tabak und Telekom Austria. Besonders vehement warnt Hanel-Torsch vor den potenziellen Gefahren, die mit der Überlassung von Geld oder Wohnungen an die FPÖ verbunden sind. Sie fordert eine klare Trennung und appelliert, dass Wohnungen, die mit Steuermitteln finanziert wurden, nicht mehr an private Investoren verkauft werden dürften.

Ein zentraler Punkt in ihrer Argumentation ist das grundlegende Recht auf leistbare Wohnungen. Hanel-Torsch kritisiert die Praxis, mit öffentlichem Eigentum zu spekulieren, und fordert einen Sinneswandel in der Wohnbaupolitik.

## **Die Rolle der Österreichischen Nationalbank**

Parallel zu dieser Debatte tragen statistische Erhebungen einen wichtigen Teil zur Beurteilung des Immobilienmarktes bei. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) arbeitet seit über 15 Jahren mit der Technischen Universität Wien und der DataScience Service GmbH zusammen, um den Wohnimmobilienpreisindex zu berechnen. Dieser Index, der vierteljährlich aktualisiert wird, ermöglicht langfristige Analysen der Preisentwicklung in der Wohnimmobilienbranche.

Der OeNB Fundamentalpreisindikator dient zur Beobachtung möglicher Fehlentwicklungen auf den österreichischen Immobilienmärkten und wird ebenfalls vierteljährlich veröffentlicht. Diese Daten sind für die Öffentlichkeit sowohl im PDF- als auch Excel-Format zugänglich und bieten wertvolle Informationen über aktuelle Entwicklungen auf den Wohnimmobilienmärkten in Österreich und der EU. Es ist zu beachten, dass die veröffentlichten Werte ausschließlich zu

statistischen Zwecken erstellt werden und nicht als Referenzwert für Finanzinstrumente geeignet sind.

Die Debatte um den Umgang mit Wohnimmobilien und öffentlichem Eigentum bleibt somit weiterhin von großer Bedeutung. Der Appell, Wohnungen im öffentlichen Besitz nicht mehr an private Investoren zu verkaufen, könnte zentrale Auswirkungen auf die wohnungspolitische Landschaft in Österreich haben.

Details	
<b>Vorfall</b>	Korruption
<b>Ort</b>	Wien, Österreich
<b>Schaden in €</b>	10000000
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.ots.at">www.ots.at</a></li><li>• <a href="http://www.oenb.at">www.oenb.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**